

Nach den Wahlen:
Straßenszene in Nairobi
am 3. Januar. Andernorts
wirkt die Hauptstadt von
Kenia wie leergefegt.
(Foto: mentalacrobatics/
Flickr)



mehr garantieren konnte. Diese gewalttätigen Gruppen profitieren vor allem von der mafiösen Kontrolle des Nahverkehrs, zugleich propagieren sie aber auch einen gesellschaftlichen Umbruch im Sinne einer ethnischen Re-Traditionalisierung.

Die oft verwirrenden Konstellationen täuschen darüber hinweg, dass die politische Szene Kenias von Politikern dominiert wird, die seit Jahrzehnten aktiv sind.

Neben dieser Erosion des staatlichen Gewaltmonopols fragmentierte sich auch die politische Klasse Kenias in den vergangenen Jahren, obwohl die jetzigen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen auf nur zwei Kandidaten fokussiert waren. Seit bei den vorigen Wahlen 2002 die ehemalige Staatspartei Kanu (Kenyan African National Union) von einem losen Oppositionsbündnis abgelöst wurde, hat sich Kenia von einem Ein-Parteien-Staat zu einem Kein-Parteien-Staat gewandelt. Seitdem bilden die meist seit vielen Jahren etablierten Politiker ständig neue Bündnisse, die oft nur

von kurzer Haltbarkeit sind. Präsident Kibaki gab sogar erst zu Beginn des Wahlkampfes bekannt, an der Spitze welcher Partei er kandidieren werde.

Vor fünf Jahren war Kibaki noch als Kandidat der so genannten Regenbogenkoalition angetreten, in der erstmals alle wesentlichen Oppositionskräfte vertreten waren. Sein damals wichtigster Partner war sein jetziger Kontrahent Odinga, mit dem eine Abmachung getroffen wurde, für ihn die Verfassung zu ändern und das Amt eines mächtigen Premierministers einzurichten. Der Bruch dieses Versprechens begründete die auch persönliche Fehde zwischen den beiden. Seitdem arbeitete Odinga auf die Ablösung Kibakis hin und gründete dazu seine „orangene Bewegung“.

Die oft verwirrenden Konstellationen täuschen darüber hinweg, dass die politische Szene von Politikern dominiert wird, die seit Jahrzehnten aktiv sind. Raila Odinga etwa stammt aus einer zentralen kenianischen Dynastie. Sein Vater Oginga Odinga war stellvertretender Präsident nach der Unabhängigkeit 1964 und vertrat trotz der marktwirtschaftlichen Politik des damaligen Regimes marxistische Ansichten. Raila Odinga selbst wurde nach einem Maschinenbaustudium in der DDR, wo er deutsch lernte und als Maoist galt, Parlamentarier in der

Kanu-Diktatur. Nach einem fehlgeschlagenen Armeeputsch 1982 saß er bis 1991 im Gefängnis. Dies hinderte ihn nicht, einige Jahre später wiederum ein Bündnis mit dem Regime einzugehen, in dem er unter anderem als Minister diente. Im Wahlkampf pflegte er ein Image als unverbrauchte Kraft des Wandels.

In der Tat ist sein Rivale Kibaki einige Jahre älter und kann dementsprechend auf eine noch längere Karriere in der früheren Diktatur zurückblicken. Der amtierende Präsident war seit der Unabhängigkeit Mitglied des Parlaments und war unter anderem Vizepräsident und Finanzminister. Erst 1992 ging er in die Opposition, aus der ihm zehn Jahre später der Einzug in den Präsidentenpalast gelang. Inzwischen genießt er wieder die Unterstützung sowohl des von ihm im Jahr 2002 abgelösten Präsidenten Daniel Arap Moi als auch seines damaligen Wahlkonkurrenten Uhuru Kenyatta.

Während die politische Klasse also unter sich bleibt, wandelt sich die Gesellschaft. Einerseits zerrütten Armut, soziale Polarisierung und die zunehmende Auflösung des Gewaltmonopols die staatliche Einheit. Doch zugleich ermöglichte der wirtschaftliche Aufschwung der vergangenen Jahre eine Stärkung der Mittelschichten und der zivilgesellschaftlichen Institutio-

nen und stellt eine kleine Hoffnung der Verarmten auf ein Ende ihrer Misere dar. Der offenbare Schock vieler Kenianer angesichts der eskalierenden Gewalt, die Proteste gegen die Missachtung des Wählerstimmens sowie die unter in- und ausländischem Druck zunehmende Verhandlungsbereitschaft der politischen Lager sind, trotz der gegenwärtigen Krise, mögliche Anzeichen einer langfristigen Konsolidierung der bürgerlichen Demokratie.

Alex Veit ist Afrikanist und freier Autor in Berlin.

La semaine prochaine

Chiens

En laisse ou on les laisse en liberté ? C'est un des enjeux du projet de loi relatif aux chiens, qui aboutira bientôt.



woxx - déi aner wochenzeitung / l'autre hebdomadaire, früher: GréngeSpoun - wochenzeitung fir eng ekologesch a sozial alternativ - gegründet 1988 - erscheint jeden Freitag • Herausgeberin: woxx soc. coop. • Redaktion und Layout: Luc Caregari (luc.caregari@woxx.lu), Karin Enser (karin.enser@woxx.lu), Léa Graf (lea.graf@woxx.lu), Richard Graf (richard.graf@woxx.lu), Susanne Hangarter (susanne.hangarter@woxx.lu), Raymond Klein (raymond.klein@woxx.lu), Renée Wagener (renee.wagener@woxx.lu), David Wagner (david.wagner@woxx.lu), Christiane Walerich (christiane.walerich@woxx.lu), Danièle Weber (daniele.weber@woxx.lu). Unterzeichnete Artikel und Grafiken geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. • Karikaturen: Guy W. Stoos • Fotos: Christian Mosar • Verwaltung: Martine Vanderbosse (admin@woxx.lu) • Bürozeiten: Mo. - Fr. 9 - 13 Uhr • Druck: c. a. press, Esch • Einzelpreis: 1,60 € • Abonnements: 52 Nummern kosten 70 € (Ausland zzgl. 26 €); StudentInnen und Erwerbslose erhalten eine Ermäßigung von 25 € • Konto: CCPL IBAN LU18 1111 1026 5428 0000 (Neu-Abos bitte mit dem Vermerk „Neu-Abo“; ansonsten Abo-Nummer angeben, falls zur Hand) • Anzeigen: Tel. 29 79 99-10; annonces@woxx.lu; Espace Régie, Tel. 44 44 33-1; Fax: 44 44 33-555 • Recherchefonds: Spenden für den weiteren Ausbau des Projektes auf das Konto CCPL IBAN LU69 1111 0244 9551 0000 der „Solidarité mam GréngeSpoun asbl“ sind stets erwünscht. Bitte keine Abo-Gelder auf dieses Konto • Post-Anschrift: woxx, b.p. 684, L-2016 Luxemburg • Büros: 51, av. de la Liberté (2. Stock), Luxemburg • E-Mail: woxx@woxx.lu • URL: www.woxx.lu • Tel. (00352) 29 79 99-0 • Fax: 29 79 79